

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 40

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUND SCHAU

Für komplizierte Steuersysteme!

-an- Von Zeit zu Zeit hört man den Ruf nach einer Vereinfachung der Steuergesetze. Bisher denkt freilich der Bürger, ob mit Recht oder Unrecht, dass sich das «Ungetüm» immer komplizierter auswachse, und dass alle Reformen und alles Suchen nach Steuergerechtigkeit sich in einer Vermehrung der *einzelnen* Steuern und in unübersehbaren Komplikationen ausgewirkt haben. Dergestalt, dass der einfache Mann überhaupt nicht mehr nachkomme.

Einen neuen *Vorschlag zur Komplizierung der steuerrechtlichen Grundlagen* und damit auch der Praxis bildet die laufende *Initiative*, welche verlangt, dass die «öffentlichen Betriebe», also all die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die Tramanstalten usw. *besteuert werden sollen*. Angeblich, weil sie in ihrer bisherigen Steuerfreiheit jede mögliche Konkurrenz aus dem Felde geschlagen hätten. Wer beispielsweise ein städtisches Tram wirksam hätte konkurrenzieren können, das freilich bleibt rätselhaft. Und die allermeisten in Frage stehenden Unternehmungen sind so eindeutig «gemeinwirtschaftlich» und so selten Gegenstand einer Konkurrenzierung, dass man sich fragt, ob eigentlich dieses Argument ernstgemeint sei. Wahrscheinlicher ist, dass die Initianten glauben, eine Wegsteuerung der oft namhaften Gewinne solcher Unternehmungen könnten den privaten Steuerzahler entlasten.

Ein wichtiger Punkt der Initiative dürfte die Bestimmung sein, dass die neu zu erhebenden *Steuern in die Bundeskasse fliessen und zur Tragung der Kosten unserer Landesverteidigung dienen sollten*. Mit andern Worten: Der Bund, der bisher noch nirgends einen entscheidenden Griff im Sinne direkter Besteuerung, die zeitlich beschränkt gedachte Wehrsteuer ausgenommen, getan, wäre künftig zum ersten Male rechtlich befugt, eine solche direkte Steuer zu erheben.

Was will man eigentlich? Wir glauben, dass es sich um eine richtige Schildbürger-Unternehmung handle. *Haben diese öffentlichen Betriebe denn nicht ihre Gewinne an die öffentlichen Kassen abgeliefert, und haben wir nicht in all diesen Gewinnen namhafte Steuern entrichtet?* Indirekte Steuern nämlich? Man lasse sich doch noch vom erstbesten städtischen Finanzdirektor vorrechnen, um wieviel der Steuerfuss steigen würde, wenn die Gemeinde künftig keinerlei Betriebsgewinne mehr verbuchen könnte — infolge der Weststeuerung solcher Gewinne durch die Eidgenossenschaft! Es wird jedermann klar sein, dass wir künftig zweierlei zu bezahlen hätten: Das, was wir bisher schon mit den hohen Tramtaxen bezahlten, und das, was wir berappen müssten, wenn das Tram nur noch «für den Bund rentieren» dürfte, statt für die Gemeinde. Dies nur in bezug auf das Tram. — *Der schweizerische Städtetag in St. Gallen hat denn auch einmütig die Besteuerung der öffentlichen Betriebe abgelehnt.* Die juristischen Gründe für die Ablehnung interessieren einen weniger als die drohende neue Komplizierung einer einfachen Sache: Dass diese Betriebe nämlich praktisch längst «Steuern beziehen und abliefern».

Noch keine Kriegsgefahr

Es ist bald zwei Wochen her, dass *Stalin dem englischen Journalisten Werth ein Interview gab* — vielleicht eines, das er selbst herbeigeführt — und worin er versicherte, dass «noch keine Kriegsgefahr bestehe». In der Eile wurde das Wörtlein «noch» von vielen Zeitungen weggelassen, obgleich es entscheidend war für den Sinn seiner Aussagen. Stalin bestritt gar nicht, dass eine solche Gefahr heraufziehen könne. Im Gegenteil, er bezeichnete gewisse Leute im Westen als Kriegshetzer, die das grösste

Interesse am Weiterdauern der Gerüchte von einem dritten Weltkriege hätten.

Man wird auch fehlgehen in der Einschätzung dieser scharfen *Attacke gegen die Leute im amerikanischen Finanz- und Kriegsministerium, die er meinte*, wenn man die vorausgegangene *Wallace-Affäre* in den USA vergisst. Dass der russische Diktator just in die gleiche Kerbe wie Wallace gehauen, beweist, wie bewusst die russische Politik in Kontroverse unter den Angelsachsen eingegriffen, und wieviel Plannässigkeit im Zeitpunkt und in der Aufmachung dieses Interwiews liegt. Moskau versucht, die Kreise zu stärken, die Verständnis für die russischen Ziele und Wünsche zu verraten scheinen. Die «Revision der amerikanischen Aussenpolitik Russlands gegenüber», ein Programmfpunkt der aufgewachten *Opposition gegen den Kurs Truman-Byrnes*, wird automatisch zum Haken, den Stalin fester einzuschlagen gedenkt. Dabei geht er nun mit grosser Umsicht vor. Ein weniger gewiefter Politiker würde vielleicht übersehen, dass Wallace den Amerikanern anräte, sich von den Zielen der britischen «Empire-Politik» zu distanzieren. Dass man also, um völlig mit Wallace einig zu gehen, den Amerikanern nun auch russischerseits anraten müsse, die Engländer allenthalben zurückzulinden. *Stalin macht es anders. Er betont dem englischen Journalisten gegenüber die Möglichkeit einer englisch-politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Russland und England.*

Das heisst weit voraussehen. Und wer genau hinhört, versteht den Sinn dieser Bemühungen Moskaus. Es setzt keinesfalls auf eine einzige und ziemlich unsichere Karte, das heisst: Keinesfalls auf einen nahe bevorstehenden Umchwung in den USA. Wallace unterliegt mit mehr oder weniger grosser Wahrscheinlichkeit, und die «Republikaner» werden als richtige «Tories» amerikanischer Prägung für eine Legislaturperiode das Ruder in Amerika ergreifen. Auf Truman-Byrnes kann ein Gespann von Staatsmännern hochkommen, das mit noch ganz anderer Energie den antirussischen Kurs einhält. Für einen solchen Fall möchten die Russen die *Zusammenarbeit mit der britischen Labourregierung als «Zwischenlösung»* versuchen. Die «sozialistische Welt», ob russisch, ob englisch gefärbt, würde dann einer hochkapitalistischen gegenüberstehen. In USA selber müsste sich während dieser Zeit die «Labourpartei» zum Sturm gegen die Trustregierung stärken. So sieht das «Eventuellprogramm» der Russen aus. Man könnte von einem «diplomatischen Vierjahresplan» sprechen, der sich nach der amerikanischen Legislaturperiode von 1947 bis 1951 zu richten hätte.

Ob freilich die Engländer den Gegensatz «sozialistisch-kapitalistisch» als entscheidend ansehen, ob sie nicht vielmehr die westliche Demokratie als das Unterscheidende betrachten, dass sie mit den USA (selbst unter der Herrschaft der Trusts) eng verbindet und von der «Sowjet-Diktatur» trennt, das ist die Frage! Immerhin — Moskau versucht es! Gleich wie seinerzeit mit der *Volksfront-Politik*, plant es ein Bündnis aller Linksgerichteten in der Welt gegen eine erwartete «fascistenähnliche» Periode in den USA. Wie damals sollen alle Parteien und alle Staaten, die irgendwie gegen die Diktatur hochkapitalistischer Systeme eingestellt sind, als Verbündete willkommen sein.

Ein Interview mit innenpolitischen Zielen

sei, so wurde vermutet, Stalins «Beruhigungs»-Unterhaltung mit jenem Journalisten gewesen. Die russische Kriegsfurcht sollte zerstreut werden. Wir halten diese Version für ziemlich schief. Gerade weil das Wörtlein «noch» unterschlagen wurde, kam man auf eine solche

Auslegung. In Russland hat man es nicht überhört. Dass nachher Radio Moskau unterstrich, hinter Stalin stehe die ganze russische Macht, sprach sozusagen Bände. Warum wurde wohl in der Welt überhört, dass der Diktator im Kreml so deutlich die Rolle der Atombombe in einem künftigen Kriege bezweifelt? Warum begriff man nicht, dass Stalin den Russen und der Welt erklärte, die gefürchtete Bombe mache nur den Leuten Angst, die nichts von den gesamten Möglichkeiten eines künftigen Krieges wüssten? Das nämlich war aus den Worten an den Engländer herauszuhören, auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wurde.

Natürlich sprach Stalin auch zu den Russen. In Wahrheit aber sprach er ihnen Mut zu und zerstreute die Bedenken, die man angesichts der gewaltigen amerikanischen Macht empfinden muss. Diese Seite des Interviews muss man besonders studieren. Er sagte den Sowjetvölkern, dass zurzeit — also gerade jetzt, da man die Atombombe als Schreckensgespenst darstellt — «noch nicht» von einer Kriegsgefahr sprechen dürfe, weil die Kriegshetzer noch durchaus nicht Herren der Entscheidung geworden seien. Aus diesem Grunde bestritt er auch, dass er glaube, die «westlichen Demokratien» trachteten danach, Russland einzukreisen. Eine solche Gefahr, so sagt Stalin den Russen, werde erst dann akut sein, wenn eine dieser Demokratien nicht mehr demokratisch sei. Also nach Truman-Byrnes. Die russische Rechnung übersieht die spätere Zukunft nicht, versucht aber, die Gegenwart so zu sehen, wie sie wirklich ist.

Eine Forderung freilich hat Stalin an den Westen gerichtet: *Die nach der Ausrottung des Fascismus in der ganzen Welt*. Das kann ein Hinweis auf die fortdauernde Herrschaft Francos sein. Aber es steckt mehr dahinter. USA kann in die Hände eines Franco fallen. So meint es Stalin. Und schon jetzt bezeichnet er den Kampf der Demokratien oder allenfalls der amerikanischen Labourparty von 1951 als eine Entscheidungsschlacht gegen den aufziehenden Amerika-Fascismus. Wer je die Grosslinigkeit der russischen Politik mit all ihren Schematisierungen und für unsere Augen Vergröberungen studiert hat, der weiss auch, dass er mit einer solchen Vierjahres-Perspektive rechnen muss, falls er die Stalinschen Aussagen verstehen will.

Von einer eigentlichen «Beruhigung der Welt» durch diese hochwichtigen Aussprüche des russischen Staatslenkers zu reden, ist mit Verlaub, gefaselt. Der Schluss der Friedenskonferenz, der im Oktober erfolgen soll, wird dies ebenso beweisen wie die nachfolgende Konferenz der Aussenminister, an welcher das deutsche Problem behandelt werden soll. Stalin sagt, dass er die «Verwendung Deutschlands gegen die westlichen Mächte» als einen dummen Streich betrachte, der sich gegen die russischen Interessen richten müsste. Das klingt wie ein Versprechen gegenüber dem gesamten Westen. Die Wahrheit aber ist, dass niemand besser als Stalin weiss, wie unmöglich ein solcher Plan sei, und dass er nie verwirklicht werden könnte. Das schicksalhafte Problem, das eben erst durch die Rede von Byrnes in Stuttgart aufgeworfen wurde, lautet: Soll die Oder-Neisse-Grenze endgültig sein? Es ist die russischen Probleme, welches sämtliche Deutschen, auch die Kommunisten (oder «Einheits-Sozialisten» der russischen Zone) einhellig in die Reihen der Westmächte treiben muss. Staaten müsste geradezu die Polen fallen lassen und das alte deutsche Reich in seinem vollen Umfange, vielleicht unter Ausschluss von Königsberg, wieder herstellen, falls er den «deutschen Sturmbock» mit Spitze gegen den Westen im Sinne hätte. Da er das nicht will, rechnet er eher damit, die Deutschen im Lager der Gegner zu finden. Darum seine Aussagen über Deutschland. Die Ziele der russischen Politik östlich des «eisernen Vorhangs» sind eigentlich klar: Ausdehnung der Besetzungszeit, Schaffung einer sozialen Schichtung, die nachher dem Rumpfreich die Richtung

weisen muss, *völlige Ausmerzung des Junkertums*, der eigentlich militaristischen Schicht in Preussen, Polonisierung des Gebietes bis an die Oder und Neisse. Nach der späten Räumung wird es sich zeigen, was dieses Deutschland noch bedeuten wird im gesamten Konzept der Weltpolitik.

Deutschland in Europa,

das ist ja schliesslich die Schicksalsfrage, die sich in den Augen der Russen mit sämtlichen andern Fragen verpflichtet. Sollte es je ein Deutschland geben, welches seine Revanche träumt und sich anschickt, die verlorenen Ostgebiete wieder zu erobern, dann muss es einen Rückhalt im übrigen Europa haben, und ein solches Europa, das antipolnisch und antirussisch eingestellt wäre, müsste seinen Rückhalt an einer russlandfeindlichen Welt haben. Abgesehen von den Entscheidungen, die in den USA fallen, hängt das Schicksal der Deutschen eben von den sozialen und politischen Schlachten ab, die überall in der Welt — und auch in den verschiedenen Ländern Europas — geschlagen werden. Heute und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Und erst, wenn man überschauen kann, wie sich all dies anlässt, wird man sagen können, ob die Deutschen die geringste Hoffnung haben, vom Westen «als Sturmbock gegen die Slaven» gewünscht und verwendet werden. Diese Wahrheit ist es, die den Stalinschen Verzicht auf die «Abrichtung der Deutschen zum Angriff nach Westen» erst in ihrer Bedeutung als «Verzicht auf ein Unmögliches» charakterisiert.

Es geht gerade jetzt in Frankreich um einen Entscheidungskampf, der vielleicht auf Jahrzehnte hinaus eine neue russisch-französische Allianz anbahnen wird, deren Ziel die Niederhaltung des restlichen Reiches im Interesse beider Staaten sein muss. Am vergangenen Sonntag hat die Nationalversammlung mit Dreiviertelmehrheit dem neuen Verfassungsentwurf, einem Kompromisswerk der drei grossen Parteien, zugestimmt. Die «Christlichen» des MRP haben ihre Wünsche nach einem starken Präsidenten durchgesetzt. Die Sozialisten haben erreicht, dass als dem «Rat der Republik» nur eine beratende Instanz, kein «bremsender Senat» wird, und die Kommunisten sind zufrieden, weil sie dem Parlament die letzte Entscheidung in der Gesetzgebung gerettet haben. Käme nichts weiter hinzu, dann bestünde die Hoffnung, dass das französische Volk Mitte Oktober die Verfassung ebenfalls annehmen würde.

Allein nun hat de Gaulle in einer sehr langen Rede, gehalten in Epinal, die Nein-Parole ausgegeben. Er will einen viel stärkeren Präsidenten. Ihm soll das Recht gegeben sein, die Regierungen zu ernennen und das Parlament aufzulösen, falls es keine Mehrheit für die von jenem Präsidenten eingesetzte Regierung mehr aufwiese. Jeder Mann in Frankreich weiss heute, dass die «gaullistische Union» den General selbst als ersten machtvollen Präsidenten dieser Art auf den Thron zu heben wünscht. In den nächsten vierzehn Tagen wird es auskommen, ob wirklich das Volk mit ihm oder mit den drei Parteien gehen wird. Vermutlich halten viele Wähler des MRP, insgeheim von der Kirche beeinflusst, das Nein de Gaulles für besser als die offizielle Parole ihrer Partei. Es wird hart auf hart gehen...

Siegt de Gaulle, dann wird er, trotz seinen sehr deutlich antirussischen Sprüchen in Epinal, der erste sein, der in den Beratungen der «Vier» jeden Vorschlag zur Stärkung Frankreichs und zur endgültigen Schwächung des deutschen Reiches auch im Westen unterstützt. Dadurch wird aber Frankreich zum praktischen Verbündeten Russlands. Es gibt eben Konsequenzen des Nationalismus, die alle sozialen und weltanschaulichen Programme umwerfen.

Veltlinerstube

Herengasse 25 (Casino)